

Neuwahlen in Polen

Die konservativ-populistische Koalition ist am Ende und flüchtet sich in deutschlandkritische Rhetorik

Von Stephan Raabe

In Polen wird es im Herbst zu vorgezogenen Wahlen kommen. Das kündigte Premier Jarosław Kaczyński am 10. August an. Als wahrscheinlichen Termin nannte er den 21. Oktober. Bereits am 7. September soll das Parlament über seine Selbstauflösung abstimmen. Sollte dies scheitern, wird die Regierung zurücktreten, um Präsident Lech Kaczyński die Einleitung von Neuwahlen zu ermöglichen.

Premier Kaczyński zog damit die Konsequenzen aus der seit dem 9. Juli schwelenden Regierungskrise, die er durch die Entlassung des Vizepremiers und Führers der sozialpopulistischen Bauernpartei „Selbstverteidigung“, Andrzej Lepper, wegen bis heute nicht belegter Korruptionsvorwürfe ausgelöst hatte. Seitdem ging es in der Regierung drunter und drüber. Die beiden kleineren Regierungspartner „Selbstverteidigung“ und „Liga der polnischen Familien“ sprachen von einem Koalitionsbruch des Premiers, zogen daraus jedoch keine Konsequenzen und beließen ihre Minister in der Regierung. Vergangene Woche wurde dann auch noch Innenminister Kaczmarek entlassen. Kaczmarek war erst seit Februar des Jahres im Amt als Nachfolger des so genannten dritten Zwillings, Ludwig Dorn, der wegen Diskrepanzen mit dem Premier das Handtuch geworfen hatte. Kaczmarek wird verdächtigt, Lepper vor den gegen ihn laufenden

geheimen Ermittlungen gewarnt zu haben. In einem offenen Brief beschuldigte der ehemalige Innenminister daraufhin Justizminister Ziobro, einen „Privatkrieg“ gegen ihn zu führen und verglich wegen der gegen ihn und seine Familie gerichteten Abhör- und Beobachtungsmaßnahmen das heutige Polen mit einem totalitären Staat. Dagegen gab der Justizminister öffentlich zu Protokoll, aus Angst um sein Leben habe er begonnen, Gespräche mit Koalitionspartnern wie Lepper geheim aufzuzeichnen. Die IV. Republik der Kaczyńskis, angetreten mit dem Anspruch einer moralischen Wende, treibt sehr eigenartige Blüten.

Die konservativ-populistische Koalition war Anfang Mai 2006 nach einem halben Jahr des Lavierens mit einer Minderheitsregierung gebildet worden. Im September letzten Jahres platzte das Bündnis schon einmal aus Anlass eines Sexskandals in Kreisen der Selbstverteidigung. Damals fand man kurz darauf jedoch wieder zusammen.

Jetzt sah Premier Kaczyński jedoch keine Möglichkeit mehr, wie er sagte, die Koalition mit den beiden populistischen Juniorpartnern „Selbstverteidigung“ und „Liga der polnischen Familien“ fortzusetzen oder zumindest eine Minderheitsregierung aufrechtzuerhalten. Bereits in den letzten Monaten hatte die Koalition durch Abgänge von Abgeordneten schon keine eigenständige Mehrheit mehr im Parlament.

Deshalb soll es nun zu Neuwahlen kommen. Laut Verfassung ist für die Parlamentsauflösung eine Zweidrittelmehrheit der 460 Abgeordneten notwendig. Um diese 307 Stimmen zu erhalten benötigt die PiS, die 150 Abgeordnete hat, die Unterstützung der beiden größten Oppositionsparteien, der liberal konservativen „Bürgerplattform“ (PO, 131 Abgeordnete) und des postkommunistischen „Bündnisses der demokratischen Linken“ (SLD, 55 Abgeordnete). Beide haben ihre Zustimmung bereits signalisiert. Wie sich die anderen Gruppierungen verhalten werden, die bei Neuwahlen um die Wiederkehr ins Parlament fürchten müssen, ist ungewiss. Eine tragfähige Mehrheit für eine andere Koalitionsregierung ist jedoch auch nicht in Sicht. Nach dem Beschluss zur Verkürzung der Legislaturperiode bestimmt der Staatspräsident den Wahltermin, der innerhalb von 45 Tagen folgen muss. Zwei Drittel der Polen sind nach aktuellen Umfragen für die Wahlen. Die erste Parlamentssitzung muss wiederum innerhalb von 15 Tagen nach der Wahl stattfinden. Daraufhin bestimmt der Staatspräsident den Vorsitzenden des Ministerrates, den Premier, der die Mitglieder der Regierung vorschlägt und sich dem Vertrauensvotum des Parlaments stellt. Somit wird Polen erst Anfang Dezember wieder eine funktionstüchtige Regierung haben.

Destruktive Politikstrategie

Nicht einmal zwei Wochen hatte es nach den harten Kämpfen um die politischen Interessen beim EU-Gipfel in Brüssel Ende Juni gedauert, bis Premier Kaczyński erneut den Streit suchte: diesmal mit seinen innenpolitischen Partnern, deren politischer Leumund alles andere als gut ist. Welchen Plan der gewiefte Strategie Jarosław Kaczyński, der Politik – in der Nachfolge des deutschen Staatsrechtlers Carl Schmitt – als ständigen Kampf versteht, dabei verfolgte, welche Ränke in dem undurchsichtigen Geflecht der die Regierung tragenden Personen und Gruppen eine Rolle spielten, ist unklar.

Wollte er einmal mehr seine Partner domestizieren und weich klopfen, um sie am Ende parteipolitisch absorbieren zu können? Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. In Reaktion auf die politische Drohung mit Neuwahlen, die den Verlust des parlamentarischen Status bringen könnten, schlossen sich die programmatisch ganz unterschiedlichen Populisten von Liga und Selbstverteidigung im Juli zu einer gemeinsamen Wahlformation „LiS“ zusammen. Sah sich Kaczyński tatsächlich gezwungen, gegen Lepper vorzugehen? Schlüssig belegen konnte er dies nicht. Klar ist, dass politischen Frieden herzustellen, Frieden zu bewahren und zu gewährleisten nicht die Sache des älteren der beiden Kaczyński Zwillinge ist. Klar ist auch, dass die nationalkonservativ soziale Blockbildung, die die Kaczyńskis nach den Wahlen 2005 betrieben, das Land in eine stabile Instabilität geführt hat. Eine innenpolitische Krise löst die andere ab. Minister kommen und gehen. Die Brücken zur größten Oppositionspartei, der PO, die im Wahlkampf vor zwei Jahren noch als natürlicher Koalitionspartner galt, sind schwer beschädigt, wenn nicht abgebrochen. In Polen verstärkten sich selbst bei konservativen Beobachtern die Zweifel, ob die auf andauernde Grabenkämpfe, auf Misstrauen und Verdächtigungen setzende destruktive Strategie des Premiers für eine konstruktive Politik, die auf Mehrheiten angewiesen ist, überhaupt taugt. Als ob er selber für die Regierungskrise keinerlei Verantwortung trage, verlautete zuletzt der Premier selber, dass ein Andauern der jetzigen Situation die polnische Demokratie und den Parlamentarismus kompromittiere. Dem kann man schwerlich widersprechen. Die Politik Jarosław Kaczyńskis ist jetzt erst einmal an eine Grenze gekommen. War es das nun mit dem Reformprojekt der PiS, der Schaffung einer solidarischen, mit den postkommunistischen Hinterlassenschaften aufräumenden IV. Republik? Welche politischen Szenarien zeichnen sich ab?

Politische Szenarien

Nach den Langzeittrends der Umfragen hat die PO als stärkste Oppositionspartei vorbehaltlich des Wahlkampfes beste Chancen, als Sieger aus den Wahlen hervorzugehen. Sie ist die einzige Alternative, die nach der Herrschaft der Postkommunisten von 2001 bis 2005 und der Konservativen von 2005 bis 2007 bleibt. Die PO strebt die absolute Mehrheit an und will keine Koalitionsaussage machen. Allerdings wird sie sehr wahrscheinlich auf einen oder mehrere Koalitionspartner angewiesen sein. Ein Bündnis mit der PiS scheint derzeit wenig wahrscheinlich. Es ist kaum zu erwarten, dass Jarosław Kaczyński die PiS als Juniorpartner in eine von der PO geführte Regierung einbringt. Andererseits ist auch auf Seiten der PO nach den Friktionen der letzten zwei Jahre eine Neigung zu einer Koalition mit der von Jarosław Kaczyński geführten PiS kaum vorhanden. Zudem würde sich die PO dann in eine Zange zwischen dem Koalitionspartner Jarosław Kaczyński und dem Präsidenten Lech Kaczyński begeben. Deshalb wird sie nolens volens zunächst ein Bündnis mit den sich erneuernden Postkommunisten anstreben.

Vielleicht könnte es unter bestimmten Umständen jedoch doch noch zu einer Koalition von PO und PiS kommen, wie sie vor den Wahlen im Herbst 2005 anvisiert war, nämlich wenn andere Koalitionsmöglichkeiten nicht die notwendigen Mehrheiten brächten oder aber die PiS erneut als stärkste Partei aus den Wahlen hervorginge, wonach es derzeit aber nicht aussieht. Dann müssten die Führungen beider Parteien zum Wohle ihres Landes über ihren Schatten springen. Jarosław Kaczyński wäre dies durchaus zuzutrauen. Seine Janusköpfigkeit, sein strategischer Pragmatismus, der in einem auffallenden Kontrast zu seiner maßlosen Polemik steht, lässt ihn immer wieder unorthodoxe Wege einschlagen, um seine Ziele verfolgen zu können. Im Sinne vertrauensbildender Maßnahmen müssten die Kaczyńskis der PO dann

jedoch glaubhaft entgegenkommen, um die Basis für eine Zusammenarbeit zu schaffen. In diesem Falle bekäme Polen eine potentiell starke Mitte-Rechts-Koalition, die viele Voraussetzungen mitbrächte, das Land in seinem nicht einfachen Transformationsprozess voranzubringen.

Deutschlandkritische Rhetorik

Unterdessen kündigt sich im Wahlkampf eine weitere Eskalation deutschlandkritischer Rhetorik seitens der PiS-Führung an. In einem Interview im International Herald Tribune klagte jüngst die polnische Außenministerin Anna Fotyga, eine enge Vertraute des Staatspräsidenten, Polen werde von Deutschland nicht als gleichrangiger Partner behandelt. Deutschland unterminierte mit der Gaspipeline in der Ostsee die polnische Sicherheit und europäische Solidarität und stelle den Status Polens in Frage. Zuletzt habe der Streit um die in Polen verbliebenen deutschen Kulturgüter den von der Regierung gehegten Verdacht verstärkt, dass Deutschland Polen innerhalb der EU dominieren und die Geschichte neu interpretieren wolle, indem es suggeriere, man sei selbst ebenfalls Opfer des 2. Weltkrieges gewesen. Premier Kaczyński legte in der Zeitschrift Wprost nach, indem er der PO „die Akzeptanz der deutschen Dominanz“ vorwarf. Gelange die PO an die Macht, bedeute dies das Ende der harten, auf „echte partnerschaftliche Beziehungen“ hingerichteten Politik gegenüber Deutschland. Die PO sei „zu sehr abhängig von den Deutschen“; die Danziger Kreise um den PO-Vorsitzenden Donald Tusk hingen einer schädlichen „intellektuellen Faszination für das Deutschtum“ an. Als schizophren bezeichnete der Vize-Vorsitzende der PO, Komorowski, diese Art partnerschaftlicher Politik der PiS. Der Erzbischof von Lublin, Józef Życiński, bewertete die Worte Kaczyńskis als Ausdruck von Emotionen und Vorurteilen. Dass diese gezielt weiter geschürt werden, ist leider zu erwarten.